



10-Punkte-Argumentarium für eine europa- und menschenfreundliche Schweizer Migrationspolitik

Ablehnung der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» ([Nachhaltigkeitsinitiative](#))

1. Ganz gleich woher sie gekommen sind, ob sie in erster, zweiter oder dritter Generation in der Schweiz leben und arbeiten, die Schweiz kann nicht auf sie verzichten. Ohne Zuwanderung kann die Versorgung im Spital oder die Pflege im Altersheim nicht mehr sichergestellt werden. Aber auch auf Baustellen, in der Landwirtschaft, im Reinigungsbereich, bei der Logistik, bei IT-Spezialistinnen und Spezialisten, in der Lehre usw. würde sich der Mangel an Arbeitskräften stark verschärfen.
2. Eine strikte Obergrenze der Bevölkerungszahl ist gefährlich und würde die Wirtschaft auf einen Schlag abwürgen (Heinz Tännler, SVP, Zuger Finanzdirektor). Aus dem Parteiprogramm der SVP geht hervor, dass sie nichts gegen die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften haben. Auch diese Fachkräfte brauchen Wohnungen, gehen einkaufen, ins Restaurant, zum Coiffeur und ins Fitnesszentrum. Damit schaffen sie zusätzliche Jobs, die wiederum von Ausländerinnen und Ausländern besetzt werden.
3. Standort- und Steuerpolitik, die darauf abzielt, zusätzliche Firmen und Arbeitsplätze ins Land zu holen, führt dazu, dass z. B. der Kanton Zug zu einem Hort von Expats und Überreichen geworden ist. Deshalb müssen hunderte Zugerinnen und Zuger ihren Kanton verlassen, weil sie keine zahlbare Wohnung mehr finden. Nicht die Zuwanderung im Asylbereich führt zu dieser misslichen Situation. Dieselbe Situation findet sich auch in Basel, Zürich, Genf usw.
4. Die «Nachhaltigkeitsinitiative» sieht vor, dass insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug Massnahmen getroffen werden sollen. Gerade im Asylbereich bliebe der Einfluss auf die Zuwanderung gering: in den letzten zwei Jahren hat der Asylbereich nur 15 % zum Bevölkerungswachstum beigetragen.
5. Der überwiegende Teil der Menschen, die in die Schweiz einwandern, stammt aus der EU und ist qualifiziert. Beispiel Zürich: 2024 leben 151'396 ausländische Personen in der Stadt, 46 % haben einen Hochschulabschluss.
6. Die SVP warnt davor, dass die Arbeitnehmenden aus der EU wegen der bilateralen Verträge weniger strenge Aufenthaltsbedingungen hätten. Dabei hat die Schweiz mit der EU eine diesbezügliche Schutzklausel ausgehandelt.
7. Der herbeigeredete Dichtestress würde auch mit einer strikten Asyl- und Zuwanderungspolitik nicht geringer. Das diesbezügliche Versprechen der SVP ist Augenwischerei, um ihre Wählerinnen und Wähler an ein Glück, in einer echt eidgenössischen Heimat leben zu können, glauben zu lassen.

8. Die Annahme der SVP-Initiative würde die Beziehung zu Europa zerstören und die Schweiz isolieren. Die bilateralen Abkommen und die Personenfreizügigkeit wären Geschichte. Weitere Abkommen wie das über Land- und Luftverkehr, die Landwirtschaft oder die Forschung würden gekündigt.
9. Die Annahme der Initiative würde die flankierenden Massnahmen, den Lohnschutz und die Mindestlöhne kaputt machen. Soziale Errungenschaften, wie der Lohnschutz, würden gestoppt. Dumpinglöhne in Restaurants, auf dem Bau und im Reinigungsbereich wären das Resultat. Der menschenunwürdige Saisonnier-Status würde damit faktisch wieder eingeführt.
10. Die kulturelle Bereicherung unseres Lebens, die wir dank der Zuwanderung der Menschen aus anderen Kulturen erfahren, würde wegfallen.

Quellen:

- [Bund vom 24.09.25](#)
- [NZZ am Sonntag vom 05.10.25](#)
- [Schlussdokumentation SP Schweiz, Parteitag 25.10.2025](#)